

Zwischen Verhandlung und Vision

Das Schweizer Engagement für die Informationsgesellschaft

Urs Meier im Gespräch mit Roberto Rivola und Rahel Egger

Der erste Teil des World Summit on the Information Society (WSIS) findet in Genf statt. Als Gastgeberland hat die Schweiz ein besonderes Interesse am Gelingen dieses UNO-Gipfels. Urs Meier sprach mit Roberto Rivola und Rahel Egger über ihr Engagement und ihre Visionen der Informationsgesellschaft.

MEDIENHEFT: Internationale UNO-Konferenzen bringen Leute aus aller Welt zusammen. Die Wirkung solcher Anlässe wird aber oft bezweifelt. Braucht es diesen Gipfel zur Informationsgesellschaft? Was würde fehlen, wenn er nicht stattfände?

Rivola: Fehlen würde ein Dialog zwischen verschiedenen Disziplinen. Der Weltgipfel der Informationsgesellschaft deckt ein sehr breites Spektrum ab von der Wissenschaft über die Kultur bis hin zu den Menschenrechten. Ursprünglich sprach man vom WSIS als einem Gipfel über Technologien. Während den Vorbereitungen wurde jedoch erkannt: Es geht auch um die Inhalte, die über diese Technologien übertragen werden. Wenn wir nur einen Technologie-Gipfel machen wollten, würden grundlegende Themen wie die Meinungsäusserungsfreiheit nicht zur Sprache kommen.

MEDIENHEFT: Könnte es ein Problem des WSIS sein, dass er zu viele Themen abzudecken sucht und zu wenig auf ein bestimmtes Problem fokussiert? Man vergleiche mit der Klimakonferenz: Wenn da keine Massnahmen ergriffen werden, kommt es zur Katastrophe. Gibt es überhaupt ein vergleichbares Problembewusstsein in Fragen der Informationsgesellschaft?

Egger: Primär geht es um den Zugang aller zu den neuen Informations- und Kommunikationstechnologien (ICT) und um die Befähigung aller zu deren Nutzung. Bei Klimakonferenzen ist es insofern einfacher, weil wir mit physikalischen Grössen rechnen können. Bei vielen Fragen der Informationsgesellschaft fehlt aber diese Messbarkeit. Daher kann der WSIS auch nicht so zielgerichtet sein wie ein Klimagipfel. Würden nur die technischen Aspekte diskutiert, wäre es ein Gipfel für Technik-Experten. Mit der Vielfalt und Breite der Themen wird der WSIS aber erst politisch.

MEDIENHEFT: Wie wurde die Schweizer Delegation zusammengesetzt?

Egger: Die Delegation, die am WSIS teilnehmen wird, steht noch nicht. Für die Vorbereitungskonferenzen wurde die Delegation zusammengesetzt nach fachlichen Teilgebieten. Dabei war es ein Anliegen, die relevanten gesellschaftlichen Kräfte der Schweiz einzubinden. Spezialisten der Themenbereiche kulturelle Diversität, wirtschaftliche Entwicklung, Armutsbekämpfung, Menschenrechte, Medien und Ausbildung wurden in die Delegation aufgenommen, wobei auch Sprecher der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft entsprechend vertreten waren.

Rivola: Diese Delegation war sehr breit abgestützt und offen. Jeder konnte sich melden, um bei den Vorbereitungen mitzuwirken. Wir wollen damit auch ein Beispiel statuieren. Es müssen nicht immer nur die Verwaltungen sein, die Konferenzen vorbereiten. Auch die Wirtschaft und die Zivilgesellschaft, die so genannten "Stakeholders", sollen mitreden können. Natürlich sind es im Plenarsaal letztlich die Regierungen, die entscheiden.

Aber diese sollten die Anliegen der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen mittragen und vertreten können. So haben wir es bei den Vorbereitungskonferenzen gehalten.

MEDIENHEFT: Bis zum Gipfel bleibt nicht mehr viel Zeit, um die Delegation zu bilden.

Egger: Zwischen dem formellen Entscheid und der Konferenz bleibt wenig Spielraum. Aber die Vorbereitungen laufen schon seit Jahren, und es ist nicht damit zu rechnen, dass es bis Dezember noch grosse Änderungen geben wird. Inhaltlich wird der Bundesratsantrag das Verhandlungsmandat festlegen. Die Substanz wurde aber schon vorher erarbeitet, seit letztem Februar vor allem im Rahmen dieser "plateforme tripartite", wo wir Personen aus der Verwaltung, der Zivilgesellschaft und der Wirtschaft zusammengeführt haben. Diese Leute haben die Schweizer Position erarbeitet, die nun in kondensierter Form in den Bundesratsantrag einfließen wird. Das ist der Ertrag eines langen Prozesses.

MEDIENHEFT: Während den Vorbereitungskonferenzen kam es zu einem Tauziehen zwischen Delegationen einzelner UNO-Mitgliedstaaten und den Stakeholdern. Es war nicht im Sinn aller Staaten, dass die Zivilgesellschaft in diesem Ausmass mitwirken sollte.

Rivola: Das entspricht der Tradition einzelner Länder. Es gibt Staaten, die partizipativ entscheiden, und Staaten, in denen die Regierung bestimmt. Wir wollen mit unserem Beispiel zeigen, dass es eine umfassendere Wahrnehmung der Probleme gibt, wenn die Zivilgesellschaft in den politischen Prozess eingebunden wird. Und wir hoffen, dass auch noch andere Staaten unserem Beispiel folgen werden. Sicher gab es auch unter den zivilgesellschaftlichen Gruppen verschiedene Stimmen darüber, ob sie nun genügend einbezogen wurden oder alles nur eine Alibiübung war. Mittlerweile hat sich aber die Meinung durchgesetzt, dass es die gegebenen Mitwirkungsmöglichkeiten in der Vorbereitungsphase zu nutzen gilt.

MEDIENHEFT: Wie gross schätzen Sie den Einfluss der Wirtschaft und der zivilgesellschaftlichen Akteure in der sachlichen Vorbereitung?

Egger: Das lässt sich nicht generell sagen, da die Zivilgesellschaft ganz unterschiedlich einbezogen wurde – und nicht überall so umfassend wie in der Schweiz. Es ist aber eine Schätzung im Umlauf, die besagt, dass vierzig Prozent der zivilgesellschaftlichen Anliegen in den Deklarationsentwurf aufgenommen wurden, was eigentlich recht viel ist. Mir ist klar, dass die zivilgesellschaftlichen Akteure eine möglichst starke Beteiligung suchen. Sie wissen aber auch, dass sie noch bei keinem anderen UNO-Gipfel so intensiv mitarbeiten konnten. Das ist sicherlich ein Fortschritt in Richtung Öffnung, den man langfristig betrachten muss.

MEDIENHEFT: Ist die Wirtschaft auch zufrieden mit dem Prozess oder hat sie kein Interesse an diesem Weltgipfel?

Rivola: Bisher hat die Wirtschaft nicht sehr viele Anliegen deponiert. Es fehlt wohl das Bewusstsein, worum es geht. In der Telekommunikationsbranche fehlt es auch an Mut zum Risiko. Auf der anderen Seite fehlt es an Geld. Die Prioritäten werden derzeit anders gesetzt, jedenfalls nicht im Diskutieren der grossen Weltprobleme. Schlussendlich geht es aber um Investitionsmöglichkeiten, um riesige Märkte. Daher haben wir mit der Wirtschaft intensiv Gespräche geführt. Wir werden den Erfolg dieser Bemühungen messen können an der Beteiligung von so genannten Wirtschaftskapitänen. Einige haben bereits erkannt, dass sich hier grosse Märkte öffnen werden. Zudem geht es auch um

Corporate Social Responsibility, also darum, dass Firmen zum Wohle der Menschheit investieren können.

MEDIENHEFT: Medienfreiheit, Recht auf Information und Meinungsäusserungsfreiheit sind klassische Menschenrechtsthemen, die am Gipfel der Informationsgesellschaft eine grosse Rolle spielen werden. Wie gut stehen die Chancen, dass der WSIS entsprechende Grundsätze in seiner Deklaration festschreibt?

Rivola: Wir setzen uns sehr dafür ein. Während den Vorbereitungskonferenzen mussten wir allerdings feststellen, dass hier die Welt nach wie vor in zwei Blöcke geteilt ist: Es gibt Staaten, die auf Themen wie freie Meinungsäusserung oder Medienfreiheit einfach nicht eingehen, und Staaten, die diese Grundsätze in der Erklärung festhalten wollen. Gerade in diesen Tagen arbeiten Untergruppen intensiv an diesen Themen und bereiten sich auf die letzte Vorbereitungskonferenz Mitte November vor. Heute ist es noch zu früh, um einschätzen zu können, ob wir in Sachen Meinungsäusserungsfreiheit und Medienfreiheit Erfolg haben werden.

MEDIENHEFT: Was ist vorzuziehen: eine diplomatisch abgeschwächte Formulierung in der Deklaration oder ein Verzicht auf einen Konsens?

Rivola: Wir haben die Chance, dass der Gipfel für die Informationsgesellschaft in zwei Teilen stattfinden wird. Also versuchen wir in der ersten Phase so weit wie möglich zu gehen, einen Konsens zu finden und diesen auch festzuhalten. Dort, wo wir merken, dass es noch weitere Diskussionen braucht, nutzen wir die Zeit bis 2005. Einige kritische Punkte kann man vielleicht bilateral lösen im Rahmen von Teilkonferenzen bis Tunis. Und Tunis selbst wird ein Gipfel sein, wo weitere Beschlüsse gefasst werden.

MEDIENHEFT: Bis vor wenigen Jahren hatte die Idee des "Free Flow of Information" einen mächtigen Promoter, die USA. Diese haben 1980 gar den MacBride-Bericht kritisiert, weil er dem freien Fluss der Informationen angeblich zu wenig verpflichtet war. Heute befinden sich die USA im "Krieg gegen den Terror" und unterlaufen mit einigen Massnahmen nun selbst diesen Grundsatz. Es sieht so aus, als ob wir eine mächtige Stütze dieser Idee verlieren.

Egger: Die USA haben sich bisher nicht sehr merklich in die Vorbereitung des WSIS eingebracht. Sie sind zurzeit mit sich selbst beschäftigt, mit dem Irak, mit dem Terrorismus. Jedenfalls hat der WSIS für die USA keine Priorität, was möglicherweise anders wäre, wenn sich die Terroranschläge vom 11. September 2001 nicht ereignet hätten.

MEDIENHEFT: Man hört aus zivilgesellschaftlichen Kreisen die Kritik, dass die USA die Datenschutzbestimmungen nicht mehr ernst nehmen.

Egger: Die USA haben eine andere Auffassung von Datenschutz als die Europäischen Länder oder die Schweiz, die sich nahe bei der EU-Politik befindet. Diese Diskrepanz ist aber nicht neu.

MEDIENHEFT: Viele Konferenzthemen stehen im Widerstreit zueinander wie etwa der Ausbau von Autorenrechten und die Förderung von Free Software und Open Source. Hier stehen vor allem die Industrieländer den Ländern des Südens entgegen. Lassen sich diese Fronten zur Überwindung des Digital Divide bewegen?

Egger: Wenn wir davon ausgehen, dass der Gipfel der Informationsgesellschaft die Gesellschaft spiegelt, dann müssen wir in allen Bereichen mit Zielkonflikten rechnen. Am

Schluss ist es eine Frage des Abwägens. Was aber Open Source und Free Software betrifft, so wird das von vielen Ländern unterstützt. Jedenfalls könnte gerade hier für viele Beteiligte eine zufriedenstellende Lösung gefunden werden.

MEDIENHEFT: Es heisst immer, man müsse argumentieren und Lobbying betreiben. Ist es nicht so, dass die Delegationen mit einem Mandat nach Genf kommen und die Meinungen zu den zentralen Fragen schon gemacht sind?

Rivola: Sicher haben die Delegationen ein Mandat ihrer Regierung. Sobald aber neue Aspekte zur Sprache kommen, wollen sie sich bei ihrer Hauptstadt rückversichern. Denn die Breite der Themen bedingt, dass die Diplomaten nicht alle Themen selbst beurteilen können. Sie können nicht über Technik, Medien, Kultur, Recht und Soziales gleichermaßen Bescheid wissen. Gerade dadurch kann etwas in Bewegung kommen, was quasi über Nacht neue Lösungen oder Kompromisse bringt.

MEDIENHEFT: Aus dem zivilgesellschaftlichen Lager hört man den Vorwurf, am WSIS überwiege eine technokratische Sichtweise.

Rivola: Ursprünglich war das so. Aber je länger diskutiert wird, desto mehr decken die Formulierungen der Deklaration und des Aktionsplans mehr Themen ab als nur die technischen. An der Telecom-Messe habe ich einige Referate von Yoshio Utsumi, dem Generalsekretär der ITU (International Telecommunication Union), gehört. Er hat betont, dass es am WSIS nicht nur um Technologien geht. Technologien seien Mittel zum Zweck. Man ist also langsam von einer technokratischen Sichtweise weggekommen – auch in der Definition der Ziele. Diese Bewusstseinsänderung ist ein Resultat des Vorbereitungsprozesses. Entscheidend ist aber auch die Mitwirkung von UNO-Sonderorganisationen an der Vorbereitung des Gipfels wie beispielsweise der UNESCO, die ebenfalls andere Sichtweisen einbringt.

Egger: Wenn man die kontroversen Themen des WSIS untersucht, stellt man auch fest, dass sie sich nicht um die technischen Fragen drehen, sondern um die Fundamente der Informationsgesellschaft.

MEDIENHEFT: Es wird argumentiert, dass die Informations- und Kommunikationstechnologien für die Lösung vieler Weltprobleme eine Schlüsselrolle spielen wie beispielsweise in der Armutsbekämpfung. Sind diese Hoffnungen berechtigt, oder ist das nur die Sicht der hochentwickelten Länder?

Egger: Es kann nicht angehen, dass der Norden bestimmt, was getan wird für die Entwicklung dieser Welt. Die Länder des Südens haben ihre eigenen Bedürfnisse. Allerdings erhoffen sich die Entwicklungs- und Schwellenländer viel vom Einsatz der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien (ICT). Natürlich können die ICT nicht das Heil auf Erden bringen, aber es gibt Aufgabenbereiche und Prozesse, wo der gezielte Einsatz in kleinen Schritten zur wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung beitragen kann.

Rivola: Dass sich die Entwicklungsländer viel von den ICT versprechen, zeigt auch die grosse Zahl der Staatschefs aus diesen Ländern, die am WSIS teilnehmen. Der Vorteil der besonderen Architektur dieses Gipfels besteht nicht zuletzt darin, dass in Genf aufgezeigt wird, welche technischen Applikationen schon entwickelt wurden und welche Projekte in Entwicklungsländern bereits laufen. In einer Halle von Palexpo wird die DEZA (Direktion für Entwicklungszusammenarbeit) unter dem Namen "ICT for Development" etwa 200 Projekte aus über 50 Ländern öffentlich vorstellen (www.ict-4d.org).

Wir erhoffen uns, dass dort Partnerschaften entstehen zwischen Ländern, die bestimmte Applikationen suchen, und Unternehmen, die diese entwickeln und anbieten. Gerade dieser Marktplatz wird aufzeigen, welche Möglichkeiten die ICT eröffnen. Zudem werden während den Konferenztagen in unmittelbarer Nähe des Gipfels über 150 Events veranstaltet. Viele der Ausstellungen, Workshops und Diskussionsforen sind öffentlich zugänglich und schaffen weitere Begegnungsmöglichkeiten (www.wsis-online.net). Ein Minister hält beispielsweise ein Referat von fünf Minuten und sieht sich dann Projektpräsentationen an oder nimmt an einem Forum teil. Das ist die grosse Chance des WSIS in Genf: Es ist uns gelungen, alle Veranstaltungen an einem Ort zusammenzuführen.

MEDIENHEFT: Es wurde die Idee eingebracht, einen Solidaritätsfonds zu schaffen, um die Informationsgesellschaft der Entwicklungsländer zu fördern. Ist das realistisch?

Egger: Es gab diese Idee eines internationalen Fonds. Mittlerweile ist man aber davon weggekommen. Man wird wohl eher versuchen, die bestehenden Fonds zu nutzen und die Ausgestaltung der Informationsgesellschaft als Entwicklungsfaktor einzubringen.

Rivola: Die Finanzierungsfrage wird vermutlich bis zum letzten Tag der Konferenz für Diskussionen sorgen. Die Schweiz beispielsweise möchte das Modell der Grundversorgung einbringen: Wenn ein Telecom-Anbieter in einem Land eine Lizenz erwirbt, soll mittels Gebühren gewährleistet werden, dass nicht nur die wirtschaftlich interessanten Regionen mit der Mobiltelefonie erschlossen werden, sondern auch die weniger einträglichen, ländlichen Gebiete. Ein Ziel des Aktionsplanes ist ja, bis 2015 alle Dörfer mit ICT zu erschliessen. Derzeit stehen aber noch verschiedene Finanzierungsmodelle zur Diskussion: die Mechanismen des Marktes ebenso wie der Einsatz öffentlicher Gelder, die Nutzung bestehender wie die Schaffung neuer Fonds.

MEDIENHEFT: Die Grundversorgung ist ein europäisches Konzept. Wäre das im globalen Rahmen eine Innovation?

Rivola: Das Modell der Grundversorgung ist ein Vorschlag, den wir eingebracht haben. Wird er aufgenommen, wäre es Sache der Regulierungsbehörde im jeweiligen Land, eine Grundversorgung mit den neuen Informations- und Kommunikationstechnologien zu gewährleisten. Mit dem Konzept der Grundversorgung hat man in Europa gute Erfahrungen gemacht, wenn auch nicht direkt im Bereich der neuen ICT. In der Schweiz ist es beispielsweise die Swisscom, die Schulen an das Internet anschliesst oder abgelegene Dörfer mit ISDN-Anschluss versorgt. In anderen Ländern mag das Konzept der Grundversorgung neu sein, könnte dort aber ebenfalls funktionieren.

MEDIENHEFT: Dass die zweite Konferenz 2005 in Tunis stattfinden wird, stösst nicht überall auf ungeteilte Zustimmung. Der Stadtpräsident von Genf ist mit markanten Forderungen an die Öffentlichkeit getreten: Die UNO solle Druck ausüben, und Tunesien müsse nach innen und aussen klare Signale geben, dass es die Menschenrechte respektiert. Unterstützen Sie diese Forderungen?

Rivola: Es ist nicht an uns, eine Entscheidung der UNO zu diskutieren. Wenn sich Tunesien als Gastland für diesen Weltgipfel der Informationsgesellschaft beworben hat, war es sich bewusst, auf welche Themen es sich einlässt. Wir gehen davon aus, dass Tunesien die Regeln der UNO respektieren und die Journalisten entsprechend behandeln wird. Damit aber Tunis ein Erfolg wird, muss zuerst Genf ein Erfolg sein.

MEDIENHEFT: In der Vorbereitung des WSIS ist in der Schweiz die "plateforme tripartite" entstanden, dieser Zusammenschluss der verschiedenen gesellschaftlichen Kräfte. Ist das ein Modell, das über den Genfer Gipfel hinaus geht?

Egger: Die Plattform ist zweckgebunden und wurde nicht mit einer langfristigen Perspektive ins Leben gerufen. Ziel war es, gemeinsam auf den Informationsgipfel in Genf hinzuarbeiten. Der pragmatisch entstandene Zusammenschluss basiert nicht auf einer politischen Entscheidung des Gesamtbundesrats, sondern hat sich ad hoc gebildet. Damit ist die Plattform sehr offen und flexibel. Zwar hat sich die Wirtschaft nicht so aktiv eingebracht, wie wir das gewünscht hätten, aber die Zivilgesellschaft und die Verwaltung sind zufrieden. Beispielsweise erreichten wir jeweils Konsenspositionen vor den Verhandlungen der Delegationen, was andere Staaten nicht geschafft haben. Das ist typisch für die Schweiz als Kleinstaat mit einer demokratischen Regierung. Ob das Modell der "plateforme tripartite" jetzt weitergeführt und die Stimme der Zivilgesellschaft institutionalisiert wird, ist noch völlig offen. Möglicherweise lässt sich dieses Modell auch nicht auf jeden politischen Prozess anwenden. Für die Vorbereitung des WSIS funktionierte es aber erstaunlich gut.

MEDIENHEFT: Woran werden Sie messen, ob der WSIS in Genf ein Erfolg war?

Rivola: Schön wäre es, wenn gewisse Länder ihre Meinung ändern würden zu gewissen Grundsätzen wie der Meinungsäusserungsfreiheit – oder zumindest ein Bewusstsein dafür entwickeln. Ein Erfolg wäre eine gemeinsame Vision, die in eine politische Erklärung mündet, die Hand und Fuss hat, und ein Aktionsplan, dessen Zielvorgaben auch umgesetzt werden können. Bestimmte Aktionen wollte man ursprünglich bereits bis 2005 angehen. Es geht aber nicht um die Formulierung utopischer Ziele. In den letzten Monaten haben die Delegationen erkannt, dass schon viel erreicht ist, wenn wir bis 2015 alle Massnahmen umsetzen können.

Egger: Zentral ist eine Deklaration und ein Aktionsplan mit Substanz und die Koordination zwischen Genf und Tunis. Ob der Gipfel schliesslich ein Erfolg war oder nicht, wissen wir möglicherweise erst viel später, wenn wir sehen, was passiert.

MEDIENHEFT: Vielen Dank für das Gespräch.

Roberto Rivola ist Leiter Kommunikation Bakom und Leiter Kommunikation des Schweizerischen Exekutivsekretariats des WSIS in Genf. Rahel Egger ist Mitarbeiterin für den internationalen Dienst des Bakom und Koordinatorin für die Schweizer Delegation am WSIS in Genf. Das Gespräch wurde am 28. Oktober 2003 geführt. Die Fragen stellte Urs Meier, Geschäftsführer Reformierte Medien.

Links:

Offizielle Website des WSIS: <http://www.itu.int/wsisi>

Offizielle Website des Schweizer Exekutivsekretariats: <http://www.wsisgeneva2003.org>

Offizielle Website der Rahmenveranstaltungen des WSIS: <http://www.wsis-online.net>

Plattform "ICT for Development": <http://www.ict-4d.org>